

77. Bankwirtschaftliche Tagung der Volksbanken und Raiffeisenbanken

**Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)**

**Begrüßung und Eröffnung 2022:
Genossenschaftliche FinanzGruppe –
Füreinander. Für morgen.**

Berlin, 22. Juni 2022

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin Kommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin

Sehr geehrte Frau Dr. Mauderer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie schön, so viele von Ihnen wieder persönlich – sozusagen in 3-D – sehen zu können. Ohne Bildschirm! Eine Freude ist es, Sie heute zu unserer 77. Bankwirtschaftlichen Tagung willkommen zu heißen. Ich tue das auch im Namen meiner beiden Vorstandskollegen, Herrn Dr. Martin und Herrn Quinten. Natürlich konnten die digitalen Konferenzen uns helfen. In schnell aufeinander folgende Videokonferenzen haben wir unsere Begegnungen aufgeteilt. Es ist daher auch einiges verloren gegangen: die Spontanität, das Persönliche, ja der gute Zufall. In der Videokonferenz treffen Sie eben nur diejenigen, die Sie treffen wollen. Am heutigen Tag haben wir bewusst die Presse eingeladen, um zu zeigen, was uns als genossenschaftliche Finanzgruppe politisch und regulatorisch beschäftigt. Morgen werden wir uns dann intern austauschen. Am Freitag folgt dann am Morgen erneut ein politischer Gast, bevor wir mit der Mitgliederversammlung enden. Ich will den Rahmen für uns abstecken, in dem wir uns derzeit bewegen. Zunächst global, dann auf Brüsseler – also europäischer – Ebene und zuletzt in Berlin. Zunächst ein Blick auf die Geopolitik. Wer hätte bis vor kurzem gedacht, wo die Pandemie morgens, mittags, abends so präsent war, dass die Fragen von Krieg und Frieden auf einen Schlag auf die Tagesordnung rücken? In unglaublicher Geschwindigkeit hat die EU Sanktionen gegen Russland und Belarus verhängt. Wladimir Putin hat das dem Westen vermutlich so nicht zugetraut. Der Westen ist bereit, seine Werte, Frieden und Freiheit zu verteidigen! Der Krieg, seine Folgen und die Sanktionen sind aber auch erhebliche Herausforderungen für uns:

- Millionen von Menschen sind auf der Flucht und suchen Schutz im Westen.
- Die durch die Coronapandemie ohnehin schon gestörten Lieferketten werden noch mehr beeinträchtigt.
- Ukraine und Russland fallen als Lieferanten wichtiger Lebensmittel und Produkte weitestgehend aus. Das wird insbesondere Afrika spüren.
- Die Energiepreise, aber auch die Lebenshaltungskosten, sind dramatisch gestiegen.
- Die Inflation hat nochmals einen signifikanten Schub bekommen.

Der Angriffskrieg zeigt uns: Alles was wir lange als selbstverständlich empfunden haben, ist längst nicht mehr selbstverständlich: Frieden, Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Es ist in der Tat eine echte „Zeitenwende“, wie es der Bundeskanzler ausgedrückt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre falsch zu sagen: „Die Zeiten ändern sich.“ Nein, die Zeiten haben sich schon längst geändert. Und das viel weitreichender, als wir uns vor wenigen Jahren noch vorstellen konnten. Wir merken alle: Die Welt um uns herum nimmt in ihrer Komplexität zu. Wie handelt Europa in der Situation? Ich komme damit zur europäischen Ebene. Wir alle sehen, dass ein geeintes Europa in diesen Tagen noch wichtiger geworden ist. Der Kampf gegen Corona und die Reaktion auf den russischen Überfall haben gezeigt: Europa wird immer dann in der Bevölkerung ernst genommen, wenn es Antworten auf reale Probleme organisiert, deren Bewältigung einem Mitgliedsstaat

allein nicht möglich wären. Demgegenüber müssen wir im Bereich Finanzregulierung meist feststellen: Statt Subsidiarität zu leben, wie es auch unsere Gruppe verkörpert, wird immer wieder zu schnell Zentralisierung als Allheilmittel empfohlen – besonders von den EU-Akteuren selbst. Regulierung – so wichtig sie ist – darf nicht zum Selbstzweck verkommen. Leider gibt uns die EU aber immer öfter diesen Eindruck. Die Jahre, in denen Europas Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund stand, scheinen lange vorbei zu sein. Was macht die politische Ebene, wenn sie sich nicht einig ist? Und das ist oft der Fall! Sie delegiert Details der Regulierung auf die Verwaltung – den Level 2. Dort gilt Bürokratie und mehr Regulierung quasi als Jobbeschreibung. „Produziere Regulierung“ steht da und ist quasi ein Dauerauftrag. De facto kommen dann Standards in der bekannten bürokratischen Detailfülle heraus. Zielgenauigkeit und Effektivität: Fehlanzeige! Lassen Sie mich plastisch die Entwicklungen anhand der Beispiele Nachhaltigkeit, Digitalisierung und EDIS zeigen. Das Thema Nachhaltigkeit beschäftigt jeden von uns, weil es in jeder Hinsicht akuten Handlungsbedarf gibt. Durch den Krieg ist Nachhaltigkeit zusätzlich zur klimapolitischen Notwendigkeit auch ein geopolitisches Muss geworden.

Mit ihrer Finanzierungsfunktion kommt Banken eine zentrale Rolle zu. Sie begleiten Unternehmen bei ihrem Transformationsprozess in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens. Nach bisherigen Erfahrungswerten dürften 90 Prozent der Investitionen privat zu erbringen sein, nur rund 10 Prozent öffentlich. Allein für die Gewährleistung der Energiesicherheit veranschlagt die EU bis 2030 eine Summe von 300 Milliarden Euro. Da sieht man, welche enorme Finanzierungsaufgabe vor uns Banken steht. Da würde es der Politik gut zu Gesicht stehen, sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen zu fokussieren statt den Staat als Hauptakteur darzustellen.

Wenn die Politik den Banken bei Finanzierungen auf der Grundlage der Taxonomie die zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsfunktion zuordnet, dann muss man Banken aber auch in die Lage versetzen, diese Funktion erfüllen zu können. Die Taxonomie ist sicher gut gemeint, sie ist aber vollkommen über das Ziel hinausgeschossen. Die Taxonomie und die unzähligen technischen Standards, die von der European Financial Reporting Advisory Group (kurz EFRAG) veröffentlicht werden, sind weder für Unternehmen noch für Banken zu bewältigen und zudem nicht widerspruchsfrei. Dadurch sinkt die Akzeptanz bei den Unternehmen insgesamt. Und schließlich wollen wir auch selbst unseren Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten und zwar in allen Bereichen. So unterstützt der BVR in enger Zusammenarbeit mit allen Unternehmen und Dienstleistern sowie Verbänden in der Gruppe seine Mitgliedsinstitute darin, ein strategisches Nachhaltigkeitsmanagement aufzusetzen. Ein Hebel bei der ökologischen Nachhaltigkeit ist

unsere Klima-Initiative, in der wir die Klimaschutzprojekte der Volksbanken und Raiffeisenbanken bündeln.

Neben der Nachhaltigkeit steht auch unverändert die Digitalisierung im Fokus. Damit meine ich nicht nur die bankinternen Prozesse, sondern auch ganz grundsätzliche Fragestellungen der Regulierung in Europa. Wie soll das Zahlungs- und Währungssystem der Zukunft aussehen? Benötigen wir einen digitalen Euro? Welche Rolle sollen Technologien wie zum Beispiel die Blockchain-Technologie spielen? Wir beschäftigen uns intensiv mit diesen Fragen. Und wir arbeiten nicht weniger intensiv daran, Potentiale und Synergien gemeinsam zu heben. Aus unserer Sicht bieten die neuen Technologien erhebliches Potential. Die Einführung eines digitalen Euros darf nicht dazu führen, dass die Finanzierungsfunktion der Banken beeinträchtigt wird. Deshalb ist ein digitaler Euro als ko-existente Alternative zum Bargeld sicherlich sinnvoll. Das Giralgeld darf aber nicht verdrängt werden, sondern sollte in die neue digitale Welt überführt werden, beispielsweise durch die Schaffung tokenisierten Giralgeldes. Auch muss bei der Digitalisierung des Geldes sichergestellt sein, dass Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wirksam verhindert werden können.

Auch mein drittes Beispiel ist Ihnen nur zu gut bekannt. Es geht um unsere Einlagensicherung in Europa: Seit 2015 arbeitet die Europäische Kommission daran, die Einlagensicherungssysteme in der Eurozone zu vergemeinschaften. Der Begriff EDIS ist Ihnen gut bekannt. Lassen Sie mich dabei gleich mit der Beseitigung eines Missverständnisses auf der europäischen Seite beginnen: Es gibt keine „unvollendete Bankenunion“, keine „fehlende dritte Säule“. Die Botschaft der EU an die Kundinnen und Kunden lautet indirekt: „Eure Einlagen sind gefährdet“. So gewinnt man nicht das Vertrauen der Einleger, sondern verliert es eher. Aus unserer Sicht ist die Bankenunion längst vollendet. Seit 2014 wurden die nationalen Einlagensicherungssysteme EU-weit harmonisiert; mit einem einheitlichen Schutzniveau und klaren Anforderungen an deren Mittelausstattung. Wir haben jüngst Entschädigungsfälle in Österreich, den Niederlanden und in Deutschland gesehen. Weder operativ noch finanziell gab es hier Schwierigkeiten bei der Entschädigung der Einleger. Die nationalen Systeme funktionieren also. Und das trifft ebenso auf die Institutssicherung der genossenschaftlichen FinanzGruppe zu, die wir seit Jahrzehnten erfolgreich betreiben. Richtig ist es deshalb, von einer möglichen Weiterentwicklung der Bankenunion zu sprechen. Und diese befürworten wir ausdrücklich. Der Fokus sollte dabei auf dem Abbau der bestehenden Fragmentierung des Europäischen Bankenmarktes und der Reduzierung bestehender Risiken in den Bankbilanzen liegen, einschließlich solcher im Zusammenhang mit Staatsanleihen. Aber gerade bei diesen Themen sehen wir leider, dass in den anderen Mitgliedsstaaten seit mehr als sieben Jahren kein Wille besteht, etwas zu tun. Das zeigt sich ganz deutlich auch bei den aktuellen

Entwicklungen. Einerseits hat man in der Eurogruppe EDIS richtigerweise zurückgestellt. Das haben wir vor allem dem BMF zu verdanken, das dem Ruf nach Risikovergemeinschaftung nicht gefolgt ist. Andererseits will man sich in Brüssel nun noch stärker allein auf das Thema Abwicklung fokussieren. Es soll also weiter darum gehen, wie mit dem Kind, das in den Brunnen gefallen ist, umzugehen ist, anstatt das Kind daran zu hindern, überhaupt erst in den Brunnen zu fallen. Nach dem Willen des Single Resolution Boards (kurz SRB) und der Europäischen Kommission sollen Banken zukünftig unabhängig von ihrer Größe standardmäßig durch den SRB – also in Brüssel – abgewickelt werden. Diese Abwicklungsmaßnahmen sollen durch die nationalen Einlagensicherungssysteme mitfinanziert werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine solche Zentralisierung des gesamten Krisenmanagements für Banken ist nichts anderes als ein EDIS durch die Hintertür! Um es einmal auf den Punkt zu bringen: In Brüssel scheint man das bewährte deutsche Drei-Säulen-Modell im Bankensektor insgesamt abzulehnen. Regionalität wird in Brüssel seit einiger Zeit als Hindernis verstanden, statt als Lösung. Und das obwohl gerade dieses Modell eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands ist! Meine Kolleginnen und Kollegen, wir tun alles dafür, um die Regierungsparteien an die Formulierungen im Koalitionsvertrag zu erinnern. Und dieser sieht neben dem Bekenntnis zum Drei-Säulen-Modell klare Bedingungen für ein EDIS vor und fordert die ausreichende Berücksichtigung der deutschen Institutssicherungssysteme. Alles andere wäre ein Bruch politischer Versprechen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger! Haftung und Verantwortung gehören in eine Hand. Dieser Grundsatz sollte auch in Brüssel respektiert werden! Der Bundesfinanzminister wird sich heute gewiss auch zum Thema äußern und wir sind dankbar und optimistisch, dass er uns weiter unterstützt.

Damit bin ich auch schon bei der deutschen Politik angekommen. Während von Banken erwartet wird, Themen wie Nachhaltigkeit und Digitalisierung aktiv nach vorne zu bringen, scheint das Regulierungsgeschehen auf europäischer und nationaler Ebene ungebrochen weiterzugehen. Statt endlich den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wirklich ernst zu nehmen, geht die Regulierung unverändert weiter, als sei nichts passiert. Angesichts der Masse an Regulatorik und Aufsehern sollte der Gesetzgeber auch einmal den Mut zur Ausnahme bzw. zum Überdenken beweisen. Aus Angst davor, dass eine Bank auch einmal krisenhafte Zeiten erleben könnte, nimmt man ihr durch überbordende Regulierung lieber gleich die Luft zum Atmen. Banken werden schlicht wegreguliert, wie mein Kollege Quinten es einmal ausgedrückt hat. Dabei stellt die Politik doch gleichzeitig hohe Erwartungen an uns. Wenn die Banken in Deutschland weiterhin den Mittelstand bei der Digitalisierung und Nachhaltigkeit finanzieren sollen in der Rolle eines Problemlösers, dann muss der Finanzplatz Deutschland insgesamt durch gezielte Maßnahmen gestärkt werden. Drei dieser Forderungen möchte ich gerne kurz nennen:

1. Die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken müssen erhöht werden. Die seitens der BaFin angeordnete Aktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers auf 0,75 Prozent und die Erhöhung des sektoralen Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien bewirkt genau das Gegenteil. Die beiden Puffer binden Kapital, das für die Kreditvergabe nicht mehr zur Verfügung steht. Die Rahmenbedingungen haben sich seit der Entscheidung der BaFin zudem durch den Krieg in der Ukraine fundamental geändert. Die BaFin sollte diese Erhöhungen daher zurücknehmen oder mindestens für ein weiteres Jahr zurückstellen.
2. Die Rechtssicherheit im Verhältnis zwischen Kunden und Banken muss wieder zunehmen. Dazu gehört, dass die Verbraucher- und Bankeninteressen wieder in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden. Der BGH hat im April 2021 den seit vielen Jahren genutzten AGB-Änderungsmechanismus in Bankverträgen pauschal für unwirksam erklärt. Hier muss der Gesetzgeber so schnell wie möglich die rechtliche Grundlage dafür schaffen, dass Verträge rechtssicher an sich ändernde Umstände angepasst werden können.
3. Übermäßige Bürokratie muss abgebaut werden. Sie führt zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen für deutsche Banken. Das gilt zum Beispiel für das Schriftformerfordernis, bei dem einmal grundsätzlich überprüft werden sollte, ob und wo es tatsächlich erforderlich und relevant ist. Das deutsche Recht geht hier in vielen Bereichen über die Vorgaben im EU-Recht hinaus. Das entspricht nicht dem Zeitalter der Digitalisierung und den Erwartungen der heutigen Kundinnen und Kunden. Das gilt im Übrigen genauso für die zahlreichen Informationspflichten, die Kunden eher überfordern, als dass sie ihnen helfen.

Noch ein weiteres Phänomen will ich ansprechen. Gegenwärtig sind wir in Deutschland mit einer bisher nicht gekannten Inflation konfrontiert. In diesem Jahr rechnen wir mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um rund 7 Prozent im Jahresdurchschnitt und einem realen Wirtschaftswachstum von rund 1 Prozent. Diese Inflationsrate ist nicht nur aktuell extrem hoch, sondern wird sich auch nur langsam mit dem Abklingen der Angebotsengpässe und Energiepreissteigerungen zurückbilden – und das auch nur, wenn es keine Zweitrundeneffekte auf der Lohnseite gibt. Anders als die US-amerikanische FED, die bereits frühzeitig klar kommuniziert hat, dass sie die dortige Inflation durch eine konsequente Abkehr von der expansiven Geldpolitik bekämpfen will, hat die EZB viel Zeit vertan, um den Inflationserwartungen entgegenzutreten. Immerhin besteht jetzt endlich Klarheit zur Beendigung des Anleiheankaufprogramms und zu den ersten beiden Zinsschritten. Immer klarer wird: Die EZB muss Ausmaß und Taktung ihrer Zinsschritte so bemessen, dass auch im internationalen Kontext der Notenbanken keine Zweifel an ihrer Entschlossenheit zur Inflationsbekämpfung aufkommen können.

Meine Damen und Herren, die letzten Jahre haben uns viele Gewissheiten genommen, aber auch einige Gewissheiten zurückgegeben. Vor 50 Jahren, genauer: am 3. Januar 1972, wurde der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken gegründet. Über eine Generation ist seitdem vergangen. Und es hat sich gezeigt, dass die Zusammenführung der Kreditgenossenschaften aus der Schulze-Delitzsch und der Raiffeisen-Seite eine mutige und vorausschauende Entscheidung war. Seit damals hat sich viel verändert. Und gerade in letzter Zeit stellt sich zunehmend die Frage, wie wir, das heißt die Gesellschaft insgesamt, mit der Geschwindigkeit der Veränderungen mithalten können. Ich habe ja vorhin die neuen globalen Herausforderungen in der „Zeitenwende“ geschildert: Die entscheidenden Fragen lauten: Sind auch wir bereit für diese Wende? Und wie bewältigen wir sie? Das Motto unserer Tagung lautet: „Füreinander. Für morgen.“ Ich bin überzeugt: Herausforderungen unserer Zeit können wir nur dann bewältigen, wenn wir diese miteinander angehen und füreinander da sind. Unsere FinanzGruppe ist widerstandsfähig, gerade weil unsere Banken autonom auf die gestiegenen Unsicherheiten und Herausforderungen reagieren. Das hat sich in der Coronapandemie sehr deutlich gezeigt.

Die genossenschaftliche Idee der Selbstorganisation und der Selbstverantwortung war nie wichtiger als heute. Sie alle treffen jeden Tag Entscheidungen für Ihre Bank. Genau daraus resultiert die Stärke unserer FinanzGruppe. Dafür gilt Ihnen mein höchster Respekt und Anerkennung! Diese Stärke spiegelt sich auch in unserem starken Geschäftsjahr 2021 mit einem aggregierten Vorsteuerergebnis von mehr als 7,6 Mrd. Euro wider sowie einem hervorragenden Rating AA-. Es spornt uns immer wieder an, zu beweisen, dass man in Deutschland profitables Bankgeschäft zum Nutzen unserer Mitglieder und Kunden betreiben kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Stärke der genossenschaftlichen FinanzGruppe nutzen, um unsere Funktion in der und für die Gesellschaft wahrzunehmen. Dazu gehört die Förderung des Mittelstandes genauso wie die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit und die Digitalisierung. Das ist alternativlos, wenn wir Deutschland und Europa stärken wollen. Und deshalb ist es wichtig, dass Politik und Regulierer die Banken in diesem Prozess als ihre Partner begreifen. Wir können die vor uns liegenden Aufgaben nur gemeinsam lösen. Regulierung sollte das klare Ziel haben „zu ermöglichen“, nicht nur „zu beschränken“. In Berlin und Brüssel sollte nicht vergessen werden, dass globale Stärke und europäische Autonomie letztlich in den Regionen ihre starken Wurzeln haben. Meine Damen und Herren, vor genau 70 Jahren nahm die EU ihre Arbeit auf. Einer der Gründerväter, der Franzose Robert Schuman sagte: „Europa braucht eine Seele, ein Ideal und den Willen, diesem Ideal zu dienen.“ So ist es auch in unserer Organisation. Wir haben das Ideal der Gründer, eine Seele mit unseren genossenschaftlichen Werten und auch den starken Willen, gemeinsam an unserer Zukunft zu arbeiten. Herzlichen Dank!